Nr. 29 a
XVII. Jahrgang

Berliner Tageblatt

Berlin
18. Januar 1898

Parlaments-Ausgabe

Für die Monate Februar—März

werden bei **allen Postanstalten** des Deutschen Reiches Abonnements auf das **„Berliner Tageblatt"** und **Handelszeitung** mit Effekten-Verloosungsliste nebst illustr. Sonntagsblatt **„Ulk"**, belletrist. Beiblatt **„Deutschen Reichshalle"**, feuilletonistisch. Beiblatt **„Der Zeitgeist"**, der **Technischen Rundschau"** und den „Mittheilungen über **Landwirthschaft, Gartenbau** und **Hauswirthschaft"** zum Preise von **nur 3 Mk. 50 Pf.** entgegengenommen; in **Berlin** in der Expedition Jerusalemerstraße 48/49, sowie in den Filialen: Friedrichstraße 66, Potsdamerstraße 59, Königstraße 56/57, Prinzenstraße 41, Alt-Moabit 138, Chausseestraße 16, Große Frankfurterstraße 106 zum Preise von **2 Mark** pro Monat bei täglich zweimaliger Zustellung.

* * *

Allen neu hinzutretenden Abonnenten wird der bis zum 31. Januar d. J. veröffentlichte Theil des fesselnden Romans:

Adolf Wilbrandt: „Die glückliche Frau",

welcher sich des ungetheilten Beifalls unserer Leser erfreut, gegen Einsendung der Abonnementsquittung Anfang Februar

gratis nachgeliefert.

Die hochinteressanten Reiseberichte des bekannten kühnen Forschungsreisenden

Eugen Wolf:

Aus dem Innern Chinas und Japans

werden auch in den nächsten Monaten fortgesetzt.

Diese Artikel erscheinen **ausschließlich** im „Berliner Tageblatt".

Haus der Abgeordneten.

6. Sitzung. Montag, 17. Januar, 11 Uhr Vormittags.

Am Ministertisch: v. Miquel, Freiherr v. Hammerstein, Thielen, Schönstedt, Freiherr v. d. Recke.

Präsident **v. Kröcher** eröffnet die Sitzung und macht dem Hause zunächst Mittheilung von dem Ableben des Abg. Zierold (fons.). Das Haus ehrt das Andenken des Verstorbenen in der üblichen Weise.

Auf der Tagesordnung steht die **erste Berathung des Etats.**

Abg. Dr. **Sattler** (natl.):

Wir treten mit günstigeren Aussichten in die Etatsberathung ein als im vorigen Jahre. Allein schon der Umstand, daß wir vor einer großen nationalen Aufgabe im Reiche stehen, die uns in der **Flottenvorlage** gestellt ist, hat die **Wolke der Unzufriedenheit**, die sich über dem deutschen Volke ausgebreitet hatte, beseitigt oder verscheucht, ebenso die in der letzten Zeit beobachtete Haltung der Regierung gegenüber den Polen. Trotz des günstigen Standes von Handel und Gewerbe, und obwohl es auch der Landwirthschaft einigermaßen besser geht, machen sich doch Zweifel wegen der Erfüllung der großen nationalen Aufgabe im Reiche geltend. Wir nehmen an, daß der Finanzminister mit einem gewissen Stolze auf die Periode seiner Thätigkeit zurückblicken und hinweisen kann, es ist sein Werk, daß er die Finanzwirthschaft wieder mehr in den Vordergrund gerückt hat, aber wir glauben doch, besorgen zu müssen, daß er vielleicht auf die einzelnen Ressorts einen **zu großen Einfluß** erlangt hat. Ihm gebührt auch rückhaltlos der Ruhm, die Verordnung und die finanziellen Verhältnisse neu geordnet zu haben. Wir beklagen dabei nur Eines, nicht die Höhe der Steuern, sondern die **Schererei**en, denen Viele bei Veranlagung und Erhebung ausgesetzt sind, die sich in den hohen Summen der Rückzahlungen ausdrückt. Das **Komplavilitätsgesetz** ist in der Hauptsache nur eine Modifikation der bereits eingeführten Maßnahmen. Aber unstreitig ist auch die Aufstellung des Etats klarer und durchsichtiger geworden. Besonders hervorzuheben ist, daß man trotz des Widerstandes der geistlichen Behörden die einzelnen kirchlichen Fonds auf ihren Ursprung und ihre Verwendung geprüft und in den Etat eingestellt hat. Ebenso erfreulich ist auch die neue Ordnung und Einstellung der **Remunerationen.** Zu diesen formellen Besserungen gesellen sich aber verschiedene sehr werthvolle sachliche. Da ist es zunächst die Anwendung sicherer Mittel für das **Fortbildungsschulwesen,** ferner die Stärkung der **landwirthschaftlichen Fonds,** wodurch es möglich werden wird, viele Härten auszugleichen. Es führt mich dies hier schon zu einer Bemerkung bezüglich des **Wasserbauwesens.** Die zahlreichen Fehler, welche sich hinsichtlich der Wasserläufen ergeben haben, legen uns den Gedanken nahe, ob es nicht räthlich sein wird, die Wasserbauverwaltung von dem Eisenbahnressort loszulösen und einem besonderen Beamten zu übertragen. Mit besonderer Freude haben wir bemerkt, daß der Etat auch Mittel für **ideelle Zwecke** bereit stellt. Bei der vorjährigen Gehaltserhöhung der Lehrer ist es unterlassen worden, auch für die Lehrer an solchen Anstalten Vorsorge zu treffen, wo der Staat mit Kommunen zusammen die Mittel zur Verwaltung zu schaffen hat. Sollte es hier nicht gelingen, die Städte zu einer Gleichstellung der Gehälter mit denen der staatlichen Anstalten zu bewegen, so müßte gesetzgeberisch vorgegangen werden. Zu neuerer Zeit sind erhebliche Klagen über die **Handhabung der staatlichen Polizei** laut geworden. Diese Klagen sind leider so berechtigt, daß der Gedanke gerechtfertigt erscheint, ob denn die staatliche Polizei noch mit dem richtigen Geiste, mit der vor allen Dingen erforderlichen Achtung vor der persönlichen Freiheit des Einzelnen erfüllt ist. Es sind Fälle hier und in Frankfurt am Main vorgekommen, wo man in der That den Eindruck gewinnt, als meinten die Beamten, es sei so etwas Einfaches, einen Mann oder eine Frau bei irgend einem beliebigen Vorfalle einzusperren. In dieser Hinsicht ist es namentlich der viel erörterte **Fall** des Fräulein **Köppen,** den wir tief beklagen müssen. (Beifall.)

Bezüglich der Gehälter vermissen wir die Aufbesserung der **Gehälter der Unterbeamten.** Nur für die Förster ist etwas geschehen, sonst hat man sich in keinem Ressort bemüht, dem in einem Beschlusse des Hauses niedergelegten Wunsche der Aufbesserung der Unterbeamten nachzukommen. Ebenso beklagen wir es sehr, daß es in diesem Etat noch nicht möglich gewesen ist, Gelder für die Erhöhung der Gehälter der **Geistlichen** einzustellen. Wir hoffen aber, daß es möglichst bald geschehen wird. Hervorheben muß ich jedoch, daß uns ein Minimalsatz von 1800 Mark für das Geistlichengehalt allzu gering erscheint. Des Weiteren bedauern wir lebhaft das Ausbleiben von Maßnahmen zur Durchführung der **Medizinalreform,** sowie, daß das uns schon vor acht Jahren verheißene **Expropriationsgesetz** noch nicht vorgelegt ist. In Hinsicht darauf, daß es bei dem Mangel an Bewohnern im Osten vor allem auf eine bessere Vertheilung des Besitzes daselbst ankommen wird, gedenken wir, keine Bedenken gegen die Aufbesserung des **Ansiedlungsfonds** zu erheben, desgleichen auch nicht gegen die zur Abhilfe des Nothstandes erforderlichen Summen. Ganz kurz berühre der Finanzminister die für die Einnahmen wichtigste Verwaltung, die **Eisenbahnverwaltung.** In Bezug auf die Verwendung ihrer Ueberschüsse zu den allgemeinen Staatsausgaben stimmen wir den Ausführungen des Herrn Finanzministers zu, aber bei der Etatsberathung wird auch die Verwaltung der Eisenbahnen selbst Erwähnung finden müssen. Und sie hat nicht in vollem Umfang der Pflicht genügt, die ihr anvertrauten Reisenden lebend und gesund am Ziel ihrer Reise abzuliefern und die zur Verladung bestimmten Güter rechtzeitig zu verladen. Wir sehen ja aus der Denkschrift, die uns der Herr Eisenbahnminister vorgelegt hat, daß er, getreu seiner bisherigen Vergangenheit, selbst das Gefühl hat, dem Landtage und dem Lande gegenüber sich darüber aussprechen zu müssen. Wir glauben aber auch, aus dem vorgelegten Material schließen zu müssen, daß die Eisenbahnverwaltung, wie sie selbst eingesetzt, nach zwei Richtungen ihren Verpflichtungen nicht vollkommen gerecht geworden ist: einmal in Bezug auf die Betriebseinrichtungen und dann in Bezug auf das Personal. Daß 27 Millionen mehr allein für den Ausbau von Bahnhöfen und für neue Geleise eingestellt worden sind, beweist, wie berechtigt die Klagen meiner Freunde über diesen Punkt waren. Was das Personal betrifft, so weise ich nur darauf hin, daß die 1102 Lokomotivführer neu definitiv angestellt werden sollen. Wir haben aus Gerichtsverhandlungen ersahren, daß gepreßte Heizer statt Lokomotivführer eingestellt waren. Ich darf daraus mit Recht schließen, daß die Eisenbahnverwaltung nicht rechtzeitig den Bedürfnissen des Verkehrs Rechnung getragen hat.

Was die allgemeine Lage betrifft, so glaube ich, daß wir auf der Höhe der wirthschaftlichen Entwickelung angekommen sind und uns auf die minder guten Jahre gefaßt machen müssen. Es muß deshalb endlich der Schritt gemacht werden, der die Eisenbahnverwaltung von der allgemeinen Staatsverwaltung trennt.

So lange die Trennung nicht geschieht, wird die öffentliche Meinung nicht die Eisenbahnverwaltung allein schuldig an den Verkehrsstörungen und Unglücksfällen erklären, sondern immer zugleich auf den Finanzminister hinweisen und auf **mildernde Umstände** für den Eisenbahnminister plädiren. (Heiterkeit.) Wenn die Verantwortung von der Stelle getragen werden soll, von sie hingehört, so muß diese Scheidung stattfinden. Ich erinnere daran, daß die Resolution im vorigen Jahre auf die unverzügliche Vorlegung eines solchen Gesetzes gerichtet war. So lange dies nicht geschieht, wird man immer im Volke geneigt sein, die Schuld für Fehler dem Finanzminister aufzubürden. Die Verantwortlichkeit muß aber voll von der Stelle getragen werden, wo sie hingehört. Ich gehe noch mit einigen Worten auf das Verhältniß der Parteien zur **Polenfrage** über.

Präsident **v. Kröcher:**

Ich stelle anheim, die Polenfrage nicht zu eingehend zu behandeln, da ich die bestimmte Erwartung hege, die Anfechtungsgesetznovelle am Donnerstag auf die Tagesordnung setzen zu können.

Abg. Dr. **Sattler:**

Ich gedenke, die Frage auch nicht erschöpfend zu behandeln. Wir Deutschen sind verpflichtet, dafür zu sorgen, daß innerhalb des preußischen Staates und des deutschen Reiches alles geschieht, was möglich ist, um das Deutschthum im Osten zu stützen und zu vermehren, daß wir alles thun müssen, was dazu dienen kann, die Polen zu guten Preußen und Deutschen zu erziehen. Das ist einfach unsere historische Pflicht, unsere Aufgabe. (Beifall.) Wir müssen alles thun, um unsere wirthschaftlichen Kräfte zu stärken. Deshalb sind wir dafür, die Landwirthschaft möglichst zu unterstützen. Und auch die übrigen Erwerbsstände müssen wir heranziehen zu einer gemeinsamen Arbeit aller produktiven Stände. Unsere Lage ist eine ganz außerordentlich schwierige. Hoffen wir, daß es der Staatsregierung gelingen möge, alle produktiven Kräfte zusammenfassen und zu einem gemeinsamen großen Ziele zum Wohle der Nation zu führen. (Beifall.)

Außer dem Abg. Sattler haben sich noch 20 Abgeordnete gegen und 8 Abgeordnete für die Vorlage zum Worte gemeldet.

Abg. Freiherr **v. Zedlitz-Neukirch** (freik.):

Der gegenwärtige Etat stellt den günstigsten Abschluß dar, der bisher vorgekommen ist. Man könnte nun einwenden, daß die Vorjahre starke Ueberschüsse ergeben haben. Aber ich glaube, daß bei genügender Berücksichtigung der Einnahmen des gegenwärtigen Etats wir auch im laufenden Jahre auf einen Ueberschuß werden rechnen dürfen. Was nun die von dem Vorredner zum **Eisenbahnetat** gemachten Bemerkungen betrifft, so gebe ich zu, daß hinsichtlich der persönlichen Ausbildung und des Personalbestandes Besserungen vorzunehmen sein werden, ob aber dies zweckentsprechend in einer besonderen Eisenbahnkommission zu geschehen habe, möchte ich bezweifeln. Wir sind der Ansicht, daß eine Prüfung der Eisenbahnverhältnisse ebenso gründlich wie unbefangen am besten in der Budgetkommission erfolgen kann, wenn diese nur einigermaßen entlastet wird. Für ein neues **Enteignungsgesetz** sind die Vorarbeiten nicht so einfach, es kommt doch nicht blos darauf an, daß irgend etwas geschafft und geändert wird, sondern daß die Aenderungen durchführbar und praktisch sind. Mit Herrn Dr. Sattler theile ich das Bedauern, daß die Erhöhung der Gehälter der **Unterbeamten** noch nicht hat erfolgen können, aber auch die Freude, daß für die Förderung des **Fortbildungsschulwesens** erhöhte Mittel gewährt werden. Ich halte diese vermehrte Fürsorge allerdings nur für einen ersten Schritt, denn auf diesem Gebiete kann dem Handwerkerstande wirksam Hilfe gewährt werden. Auf sozialem Gebiete hoffe ich, daß die Berathungen über die **Bäckereiverordnung** demnächst zum Ende kommen, und daß dadurch die schwersten Härten derselben für das Bäckereigewerbe werden zur Abstellung gelangen. Wenn Herr Schmoller auch mit Recht behaupten mag, daß für den Theil des mittleren Gewerbebetriebes, der dem Untergang gewidmet ist, genügender Ersatz aus dem Großbetriebe kommt, so ist doch, wie auch auf dem landwirthschaftlichen Gebiete, so auch hier, unsere Aufgabe nicht allein darauf zu richten, daß ein gewisser Bestand an mittleren Kräften existirt, sondern daß die einmal bestehenden Existenzen erhalten bleiben. Daß es sich empfehlen wird, die **Wasserbauverwaltung** selbstständig zu machen, gebe ich zu, es wird aber dann nöthig sein, auch die den Wasserbau betreffenden Theile von dem landwirthschaftlichen Ressort abzutrennen und mit den Theilen des Ministeriums der öffentlichen Arbeiten vereint zu einer besonderen Behörde zu gestalten. Hinsichtlich der Abhilfe der durch die Hochwasserkatastrophen hervorgerufenen Schaden geht die Staatsregierung meines Erachtens ein wenig zu vorsichtig vor. (Beifall.) Man hätte doch bedenken sollen, daß es auch nöthig ist, schnell zu helfen. Ich erkenne mit Befriedigung an, was auf dem Gebiete der Schule geschehen ist, wir können aber nicht dulden, daß sich gewissermaßen eine Art **Lehrer zweiter Klasse** an solchen Anstalten herausbildet, wo Staat und Gemeinde gemeinsam zu sorgen haben. Deshalb begrüße ich es mit Freuden, daß eine Million Mark eingestellt worden ist, um bedürftigen Gemeinden zu Hilfe zu kommen, damit ihre Lehrer gehaltlich denen der staatlichen Anstalten gleichgestellt werden.

Ich beklage nicht minder als der Vorredner, daß in den gegenwärtigen Etat noch nicht die Mittel für Erhöhung der Gehälter der **Geistlichen** eingestellt sind, aber ich glaube, wir können und müssen Mittel und Wege finden, einen Posten schon jetzt in den Etat einzustellen, damit die Geistlichen nicht über das nächste Etatsjahr hinaus auf die ihnen gebührende Gehaltserhöhung zu warten brauchen. (Beifall.) Auch das Ausbleiben der **Medizinalreform** bedauere ich, aber bedenken Sie, wie überlastet der Herr Kultusminister ist! Es werden sich solche Klagen über Verlangsamung immer wiederholen, so lange Sie nicht das Medizinalwesen von dem Unterrichtsressort trennen und dem Ministerium des Innern zutheilen.

Was die Klagen über die **staatliche Polizei** betrifft, so muß ich zugeben, daß ein großer Theil nur zu berechtigt ist; es ist aber den Uebelständen nicht anders abzuhelfen als, indem es durch größere Mittel ermöglicht wird, eine zweckentsprechendere **Auswahl des Personals** zu treffen. Im Allgemeinen kann ich doch aber mit der Ueberzeugung nicht zurückhalten, daß sich bei der Staatsregierung eine **größere Geschlossenheit und Entschlossenheit** vortheilhaft geltend macht. Der „Vorwärts" hat in den letzten Tagen ein **Aktenstück** veröffentlicht, zu dem ich nur meine volle Zustimmung erklären kann, denn es ist durchaus wünschenswerth, unsere arbeitswilligen Arbeiter vor Zwang und Terrorismus der sozialdemokratischen Agitatoren zu schützen. (Beifall.)

Der Vorredner hat von der Zusammenfassung aller produzirenden Stände und deren hohem Werthe für die Entwickelung des Staates gesprochen. Ich stimme ihm durchaus bei und begrüße von diesem Standpunkte die Bildung des **wirthschaftlichen Ausschusses** für die Vorarbeiten zum Abschluß künftiger Handelsverträge mit großer Freude. Auf dem Gebiete der Eisenbahnverwaltung machen sich jetzt die Folgen der überaus kärglichen, ja kläglichen Bemessung der Mittel für Beschaffung von Material und für den Ausbau der Anlagen geltend. Meiner Meinung nach müssen in besseren Jahren mehr Mittel für die Eisenbahnen verwendet werden. Man hört neuerdings vielfach die Ansicht aussprechen, wir seien auf der Höhe der wirthschaftlichen Entwickelung angekommen, und demnächst sei ein Niedergang zu erwarten. Dann aber, wäre es angezeigt, durch **Tarifermäßigungen** der rückgängigen Bewegung entgegenzuarbeiten, um sie zum Mindesten aufzuhalten. Namentlich fordert es die Lage der Landwirthschaft, mit allen Mitteln bei gutem Finanzstande ihr entgegenzukommen, sie bedarf der Schaffung von Sondertarifen; was in dieser Beziehung in letzter Zeit geschehen ist, begrüße ich als einen ersten Schritt auf diesem viel versprechenden Wege. Hier müssen keine Mittel unversucht bleiben zur Förderung und Hebung der **Landwirthschaft.** (Beifall.) Dann arbeiten wir zur Schaffung eines starken Preußens und eines starken Deutschlands. (Beifall.)

Abg. **v. Strombeck** (Ctr.):

Ich bin in der angenehmen Lage, für meine politischen Freunde erklären zu können, daß wir in der Auffassung der allgemeinen finanziellen Lage mit den Herren Vorrednern im Wesentlichen einverstanden sind. Auch in Bezug auf viele Einzelheiten sind wir derselben Meinung. Auch wir bedauern die **Mißgriffe auf politischem Gebiete,** das Auftreten ist zu schneidig und kurz. Aber auch auf anderen Gebieten sollte man die Beamten belehren, daß sie nicht Entschiedenheit mit Schroffheit verwechseln. Der Herr Finanzminister hat in seinen Ausführungen von **Kulturzwecken** gesprochen, welche Preußen besonders vor anderen Staaten zu erfüllen habe; es wäre sehr erwünscht, wenn er sich hierüber deutlicher auslassen wollte. Wir würden es mit Freuden begrüßen, wenn er künftig für Kunst und Wissenschaft und für die Landesmelioration etwas mehr bewilligen wollte, insbesondere auch für die Bedürfnisse der **Arbeiterklasse.** In der Kommission wäre zu erwägen, ob nicht doch die **Dispositionsfonds der landwirthschaftlichen** Verwaltung zu Gunsten der Landwirthschaft zu erhöhen seien. Bei solchem wirthschaftlichen Titel wäre ein Abgehen von dem bisherigen Brauche angezeigt, daß unsere Kommissionen keine Erhöhungen beantragen. Ebenso finde ich das landwirthschaftliche Unterrichtswesen etwas zurückgesetzt. Gerade das landwirthschaftliche Fortbildungswesen könnte manches zur Hebung der kleinen Landwirthe thun. Bedauern muß ich, daß im Kapitel 97 mehrere Posten zur Unterstützung von Wohlthätigkeitsanstalten weggefallen sind. Gegenwärtig sind manche dieser Anstalten durch die Zinsminderung in eine schlechte Lage gekommen. Deshalb sollten die Zuschüsse erhöht werden. An das Ministerium des Inneren richte ich die Bitte, die amtlichen Veröffentlichungen künftig — ohne Anschlicht auf die politische Parteistellung — den gelesensten Blättern zu überweisen, nicht aber Oppositionsblättern auszuschließen. (Zustimmung.) Zum Justizministerium ist mir die geringe Vermehrung der persönlichen Gerichtskosten aufgefallen. Die Zahl der Richter ist noch nicht um 1 Prozent vermehrt. Wohin sollen die Richter bei der steigenden Ueberlastung die Zeit nehmen, sich für das Jahr 1900, das Bürgerliche Gesetzbuch vorzubereiten? Hier darf keine verkehrte Sparsamkeit herrschen. An den Eisenbahnminister richte ich die Bemerkung, daß der Waggonmangel mehr geschadet hat als eine etwaige nicht volle Ausnutzung überzähliger neuerbauter Wagen. Eine Tarifermäßigung halten auch wir für nöthig. Belgien, Württemberg sind uns darin mit gutem Beispiel vorangegangen. Wir begegnen im Eisenbahnetat weiter Besoldungssätzen, die durchaus unzureichend sind; ich nenne Zugführer, Rangirer, Wagenmeister, Weichensteller. Auch sollten die Beamten im Reiche und Staate **gleichgestellt** werden. Die Anforderungen, die an diese Beamten gestellt werden, müssen den Ansprüchen der Humanität angepaßt werden.

Ich komme zur Frage der **Parität.** Dazu gehört auch die Gleichstellung der katholischen und evangelischen Geistlichen. Aus Staatsmitteln sind im gegenwärtigen Etat mehr ausgeworfen für die evangelische Kirche 83,000 Mark, für die katholische Kirche nur 42,000 Mark. Betreffs der kirchlichen Nebenfonds haben in der Vergangenheit sehr verschiedenartige Ansichten in Geltung gestanden, und wenn sie jetzt in den Ausgaben und Einnahmen des Etats erscheinen, so muß ich sagen, ums Centrumsmitgliedern steht kein Recht zu. Kirchenräthe rechtlich zu verwalten; das gebührt den kirchlichen Behörden, und wir wollen vor allen Dingen für seinen Fonds erklären, daß er nicht juristischen Personen sei. Wir legen uns hier der Forderung des Staates, ohne darum der Kirche irgendwie präjudizieren zu wollen, 450,000 Mark sind aus bisherigen Nebenfonds für Kultus- und Unterrichtszwecke gemeinsam gestossen, wir werden darauf achten, daß diese Summe richtig und vor allen Dingen paritätisch verwandt wird. (Beifall.)

Abg. Graf **Limburg-Stirum** (kons.):

Auf unsichere Einnahmen dürfen wir keine dauernden Ausgaben aufbauen. Die Einnahmen können zurückgehen, denn sie beruhen auf dem Aufschwung von Handel und Industrie. Man soll in den Zeiten des Aufganges deshalb vorsichtig sein. Daher ist die Aufstellung des Etats eine gute Sache; denn er hindert die Illusion. Von der Finanzverwaltung ist, das erkenne ich an, alles geschehen, unsere Finanzen zu konsolidiren. Ich erinnere an die Schuldentilgung. Wäre im Vorjahre der **Ausgleichsfonds** geschaffen, würde unser Haushalt noch fester stehen. Leider hat das Haus das abgelehnt.

Der Verwaltung möchte ich für Dienstgebende möglichste Einfachheit und Uebersichtlichkeit ans Herz legen. Museumsbauten mag man prachtig ausgestalten. Ich bedauere, daß die Ausführung unseres Domänen- und Forstbesitzes hatte ich für wünschenswerth; die dafür geforderten Summen werden wir bewilligen. Wir sind mit der Bewilligung der Erhöhung der Forstbeamten um so lieber einverstanden, als sie sie nicht in agitatorischer Weise gefordert haben. (Beifall rechts.) Das Kali kommt fast nur bei uns in Deutschland vor; warum überläßt das Ministerium deshalb das Kali dem Auslande so billig, besonders den Nordamerikanern, die uns so ungünstig in Zollfragen behandeln? Eine Bitte habe ich an die Verwaltung, nämlich daß, wenn in den **neuen Gebietserwerbungen** im fernen Osten die Bergwerks- und die Eisenbahnverwaltung in Thätigkeit treten, sie dabei selbstthätig nach den hier bei uns geltenden Prinzipien eingreifen und nicht etwa Syndikaten die Ausführung überlassen. Dem Andrängen auf Verbilligung der Personentarife werden wir den entschiedensten Widerstand entgegensetzen. Wir dürfen nicht auf Einnahmen ohne entsprechende Deckung verzichten. Denn eine Verbilligung würde den Personenverkehr nicht vermehren. Anders steht es mit den Gütertarifen. Der Waggonmangel hat schwer geschadet; er ist schon fast chronisch geworden. Für Kanalpläne sind wiederum Summen gefordert. Kanäle werden die Kosten nicht in der Weise wieder einbringen wie die Eisenbahnen. Der Dortmund-Emskanal war unser Lehrgeld. Die Kanäle sind überdies bei den gegenwärtigen Handelsverträgen Einbruchsstellen für fremdländisches Getreide. Der Nordostseekanal hat uns überdies eine sehr theure Verwaltung gebracht. Das muß uns Kanälen gegenüber vorsichtig machen. Die Polenfrage wollen wir auf Wunsch des Präsidenten auf Donnerstag verschieben